

Beschluss (vorläufig)

Bundestagswahlprogramm 2009

Kapitel 9

Demokratie wagen – Ohne Input kein Output

Um die Demokratie ist es ruhig geworden in unserem Land. Thematisiert wird sie allenfalls, wenn die Wahlbeteiligung wieder gesunken ist oder der Rechtsradikalismus weiter ansteigt. Stattdessen rufen alle nach mehr Effizienz, mehr Kompetenz, mehr Qualität. Aber ohne das Engagement und die Mitsprache der Betroffenen kann es keine guten Ergebnisse geben. Ohne Demokratie gibt es weder Gerechtigkeit noch Freiheit. Ohne guten Input kein guter Output. 60 Jahre nach der Beschlussfassung des Grundgesetzes und 20 Jahre nach der friedlichen Revolution in Ostdeutschland sagen wir deshalb: Wir wollen wieder mehr Demokratie wagen. Einen grünen Neuen Gesellschaftsvertrag kann es ohne eine Erneuerung unserer Demokratie nicht geben.

Der politische Raum wandelt sich rasant. Politische Verantwortung ist oftmals nur noch schwer zuzuordnen. Veränderte politische Entscheidungsebenen durch die europäische Integration, die Globalisierung und ökonomische Entgrenzung wie auch zahlreiche weitere Faktoren tragen dazu bei, dass sich unsere demokratische Praxis wandelt: Die Rolle der Medien hat sich verändert, das V-Parteien-System gehört der Vergangenheit an, Experten und Kommissionen definieren, was dem Gemeinwohl vermeintlich förderlich ist. Lobbyisten interessensgeleiteter Think-Tanks gewinnen einen immer größeren Einfluss auf die Gesetzgebung. Immer mehr Menschen zweifeln daran, dass es auf ihre Stimme überhaupt noch ankommt. All dies verlangt neue Antworten zur Stärkung von Demokratie.

Mit dem Neuen Gesellschaftsvertrag wollen wir deshalb mit Ihnen über die Zukunft unserer Demokratie nachdenken. Wir wollen unseren Verstand und unsere Leidenschaft einsetzen, um hier neue Ideen und tragfähige Ansätze zu entwickeln.

Demokratie braucht eine neue Institutionenpolitik, die auf Teilhabe, Mitsprache und Transparenz zielt. Öffentliche Institutionen gehen uns alle an! Und sie braucht einen neuen Republikanismus. Gelebte Demokratie braucht bürgerschaftliche Einmischung, soziale Bewegungen und den konstruktiven Streit um das Gemeinwohl. Unsere Partei - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - hat sich aus den außerparlamentarischen Bewegungen heraus entwickelt. Heute wie früher verstehen wir uns als Teil der Anti-Atom- und Ökologiebewegung, der Frauenbewegung, der globalisierungskritischen -, der Friedens- und Bürgerrechtsbewegung. Heute wie damals braucht die Demokratie starke außerparlamentarische Stimmen, die das politische System in Bewegung versetzen, und viele engagierte Menschen, die die Qualität unseres Zusammenlebens bereichern. Dies wird umso dringender auf internationaler Ebene, wo die Regelungskraft der klassischen

Parteien noch zu gering ist. Die Mitbestimmung von sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen in europäischen und internationalen Organisationen ist deshalb von hoher Bedeutung. Wir Grüne wollen auf internationaler Ebene mehr Offenheit bei der Entscheidungsfindung, um die wichtigen Regelungen für globale Probleme auf einen demokratischen Boden zu stellen.

Demokratie braucht Bürgerschaftliches Engagement

Gerade weil unsere Partei aus Bewegungen entstanden ist und den Gedanken von Einmischung, Eigeninitiative und Engagement in sich trägt, wissen wir um die Bedeutung des Bürgerschaftlichen Engagements.

Bürgerschaftliches Engagement muss integraler Bestandteil unserer Gesellschaft sein und ist kein Ersatz für staatliche Aufgaben. Wir sehen im Engagement sowohl die Notwendigkeit und Chance für die Gesellschaft wie für den Einzelnen. Engagement bedeutet soziale und kulturelle Teilhabe und persönliche Weiterentwicklung für jede und jeden von uns. Für die Zukunft unseres Gemeinwesens bedeutet Engagement Kreativität und Solidarität. Wir wollen dieses Engagement stärken und dafür sorgen, dass es die notwendige Unterstützung bekommt. Menschen, die sich freiwillig und unentgeltlich engagieren, wollen wir fördern und diejenigen, die es nicht tun, den Zugang erleichtern. Wir brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, wenig Bürokratie, sich öffnende Institutionen, Anerkennung und kompetente Anlaufstellen vor Ort. Deshalb werden wir uns für die Sicherung von Infrastruktureinrichtungen einsetzen. Eine lebendige Zivilgesellschaft braucht die Einmischung, Kreativität und die Beteiligung vieler Menschen, ob jung oder alt, das zeichnet sie aus.

Mehr Demokratie zu wagen heißt für uns Geschlechterdemokratie verwirklichen. Im Bundestag liegt der Frauenanteil bei gerade einmal 32%, in den Kommunen und Landtagen allerdings erheblich niedriger. Die grüne Frauenquote ist eine Erfolgsgeschichte – und doch bleibt noch viel zu tun. Mehr Demokratie zu wagen heißt der multikulturellen Vielfalt Rechnung tragen. Demokratie braucht wechselseitige Anerkennung von Unterschiedlichkeit ebenso, wie die gemeinsame Anerkennung von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat. Eine Demokratie ist dann stark, wenn Frauen und Männer gleichermaßen in ihren Parlamenten vertreten sind. Wir werden uns dafür einsetzen analog dem französischen Paritätsgesetz Grundlagen dafür zu schaffen, damit mehr Frauen in den Parlamenten vertreten sind.

Wir brauchen eine Erneuerung der Demokratie auf den verschiedenen Ebenen – von der Kommune bis nach Europa. Und wir brauchen eine Erneuerung unserer Demokratie an den verschiedenen gesellschaftlichen Orten - in der Schule, in der Hochschule, im Arbeitsleben oder im Gesundheitswesen.

Revival der Kommune

In den Kommunen gestalten die Bürgerinnen und Bürger ihr Zusammenleben vor Ort. Dort wird Demokratie und Politik am intensivsten ge- und erlebt. Kommunale Politik trifft die Menschen unmittelbar vor ihrer Haustür.

Die Kommunen sind damit wichtige Keimzellen der demokratischen Gesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements. Wir wollen die Kommunen darin bestärken, diese Rolle offensiv wahrzunehmen.

Wenn auf Bundesebene das Recht auf einen Kindergartenplatz beschlossen wird, so muss es in den Kommunen umgesetzt werden. Die Kommunen haben die Folgen einer nicht chancengerechten Bildungspolitik zu tragen. Die Kommunen haben die Folgen einer falschen Mobilitätspo-

litik auszubaden. Die Kommunen haben aber andererseits auch die Ideen und die Menschen, um alle diese Probleme vor Ort anzugehen. Sie müssen dazu allerdings die rechtlichen Möglichkeiten haben. Wo Bundes- und Landeskompetenzen direkt berührt sind setzen wir auf ein erweitertes Mitspracherecht der Kommunen.

Wir wollen für die Kommunen ein in der Verfassung abgesichertes Anhörungsrecht in Gesetzgebungsverfahren schaffen. Damit soll es möglich sein, den Sachverstand der Kommunen aus dem Vollzug der Gesetze auch in den Gesetzgebungsprozess einzubringen und auf diese Weise zu einer bürgernäheren Gesetzgebung beizutragen.

Wir wollen im Zuge der Föderalismusreform die kommunale Selbstverwaltung ausbauen und ihren Schutz vor staatlichen Eingriffen stärken. Demokratie in der Kommune braucht die Stimme Aller. Auch Nicht-EU-BürgerInnen sollen deshalb ein kommunales Wahlrecht erhalten. Die Kommunen brauchen zudem eine solide Finanzbasis, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Die Kluft zwischen armen und reichen Kommunen wird immer größer. Damit die Städte und Gemeinden ihre Leistungen – von der Wasserversorgung bis zu den Bildungs- und Kultureinrichtungen – auch qualitativ hochwertig für alle Bürgerinnen und Bürger erbringen können, muss ihnen eine finanzielle Mindestausstattung in der Verfassung gesichert werden. Wir wollen den Städten und Gemeinden zu mehr Mitsprache bei der Gesetzgebung von Bund und Ländern verhelfen. Wir setzen uns für ein Anhörungsrecht der Kommunen auf Bundesebene ein. Damit nicht – wie in der Vergangenheit – die Kosten von neuen Gesetzesvorhaben von Bund und Ländern auf die Kommunen abgewälzt werden, wollen wir sicherstellen, dass der, der die Leistungen bestellt, sie auch bezahlt. Der Bund muss die Möglichkeit erhalten, den Kommunen Aufgaben zu übertragen und ihnen die dafür benötigten Finanzmittel direkt zukommen zu lassen. Wir halten an der Gewerbesteuer fest und wollen sie zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer weiterentwickeln. Alle wirtschaftlich Tätigen vor Ort sollen sich an der Finanzierung der kommunalen Aufgaben beteiligen. Die Grundsteuer muss künftig auf der Basis aktualisierter Bodenrichtwerte und nach Massgabe der Flächeninanspruchnahme erhoben werden. Kommunen sollen sich an der Betreuung von Langzeitarbeitslosen nicht nur beteiligen, sondern diese auch allein durchführen können.

Demokratisch verfasste Regionen

Ob Arbeiten, Wohnen, Einkaufen oder die Organisation der Gesundheitsvorsorge, der Müllabfuhr oder des Nahverkehrs – unsere Lebenswelt organisiert sich zunehmend regional. Alte Konflikte, wie die interkommunale Konkurrenz, Gewerbeansiedlungen und der Lastenausgleich zwischen Kernstädten und ihrem Umland, bestehen fort. Die Möglichkeiten der Problemlösung überschreiten vielerorts alte Kreisgrenzen. Sie sind regional geworden. Wir brauchen deshalb demokratisch legitimierte Institutionen, die diese vielfältig verflochtenen Lebens- und Wirtschaftsräume organisieren und repräsentieren; die den enormen Herausforderungen der demografischen Entwicklung, des ökonomischen Struktur- und Klimawandels und der wirtschaftlichen Konkurrenz der Regionen eine abgestimmte Strategie entgegenstellen. Zusätzlich zur Stärkung der Kommunen muss jetzt das regionale Prinzip in den Vordergrund treten. Hierzu bedarf es demokratisch verfasster Regionen, die den anfallenden überörtlichen Aufgaben gerecht werden und mit denen sich die Bürgerinnen und Bürger identifizieren können.

Starker und transparenter Parlamentarismus

Demokratie braucht starke und transparente Parlamente. Wir wollen deshalb die Legislative stärken – sowohl hinsichtlich einer sich verselbstständigenden Exekutive wie auch hinsichtlich einer immer mehr Entscheidungen treffenden Judikative. Die Parlamente sind der demokratische Ort, in denen die wichtigen gesellschaftlichen Fragen im Rahmen der Verfassung zu entscheiden

sind. Wir wenden uns gegen ein Abschieben dieser Fragen in Expertenkommissionen ebenso, wie eine Abschiebung der Verantwortung an das Bundesverfassungsgericht. Wir Grüne wollen auch den schleichenden Übergang parlamentarischer Aufgaben in den Bereich der Exekutive verhindern. Wie in den USA wollen wir ein Parlament, das die Regierung mit eigenen Haushaltszahlen kontrollieren kann ("budget office"). Wir setzen uns für die Bestätigung von Aufsichtsratsvertretern des Staates im Parlament ein. Gutachten müssen zügig veröffentlicht werden. Internationale Verhandlungen müssen vorab Thema im Parlament werden. Eine Verlängerung der Legislaturperiode kommt nur dann in Frage, wenn gleichzeitig die Entscheidungsrechte der BürgerInnen durch direkte demokratische Elemente gestärkt werden. Um die Parlamente zu stärken, muss die Arbeit von Lobbyisten kontrolliert und transparent gemacht werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen besser nachvollziehen können, welche Verbände und Unternehmen Einfluss auf ein Gesetz genommen haben, ob auf nationaler oder europäischer Ebene. Wir verlangen Karenzzeiten für den Wechsel von MinisterInnen und StaatssekretärInnen in die Wirtschaft, wenn ein Interessenkonflikt zwischen alter und neuer Tätigkeit besteht. Die Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien muss beendet werden, ein verpflichtendes Lobbyistenregister soll transparent machen, wer für wen Lobbyarbeit macht und wie viel Geld dabei im Spiel ist. Korruption zerstört demokratische Strukturen. Wir wollen Bestechung und Bestechlichkeit von Abgeordneten konsequent unter Strafe stellen. Deutschland muss endlich die UN-Konvention gegen Korruption ratifizieren. Das beste Mittel gegen Korruption ist Transparenz. Notwendig ist ein bundesweites Korruptionsregister über wirtschaftskriminell aufgefallene Unternehmen. Wir brauchen einen effektiven Schutz von 'whistle-blowern', die die Öffentlichkeit über Misstände in Unternehmen und Behörden informieren.

Für alle verständliche Gesetze

Häufig enthalten diese heute so viele Ausnahmen und Einzelregelungen, dass sie kaum mehr verständlich und handhabbar sind. Konkrete Folge z. B. in der Sozialgesetzgebung ist dann: Viele BürgerInnen müssen sich durch seitenweise Antragsformulare durcharbeiten und verstehen den Bescheid vom Amt nicht mehr. Für die demokratische Auseinandersetzungen ist es aber unabdingbar, dass interessierte BürgerInnen nachvollziehen können, wie sich bestimmte Entscheidungen im Parlament später in der Wirklichkeit auswirken. Die Parlamente sollen daher bei der Gesetzgebung stärker auf die Gesetzesklarheit und die Übersichtlichkeit achten. Auch der Anspruch, jeden erdenklichen Einzelfall mit einer eigenen Bestimmung zu erfassen, muss aufgegeben werden.

Parteien öffnen

Parteien sind wichtige Orte der Demokratie und der Artikulation von politischen Meinungen. Hier entscheidet sich maßgeblich, wer die Bürgerinnen und Bürger in den Parlamenten vertritt. Hier werden themenübergreifende politische Konzepte formuliert, die Weltanschauungen und Interessen bündeln. Populistische Ressentiments gegen Parlamente und Parteien sind gefährlich für unsere Demokratie. Umso problematischer ist es, dass die Parteien an Vertrauen und Bindewirkung verlieren. In den Parteien leisten Zehntausende von Engagierten wichtige Arbeit für unsere Demokratie. Dennoch liegt es an den Parteien, sich zu öffnen und Platz zu schaffen für neue Menschen mit neuen Ideen. Wir GRÜNE wollen eine Parteikultur, die Frauen und Männer zur Mitarbeit und zur Debatte einlädt, anstatt sich abzuschotten. In diesem Kontext ist es angesichts des demografischen Wandels und seinen weitreichenden Folgen absolut unerlässlich, auch Menschen mit Migrationshintergrund gezielt dazu zu motivieren, parteipolitisch zu partizipieren. Wir GRÜNE setzen auf eine Parteikultur, die für Quereinsteiger offen ist und auch eine projektbezogene, zeitlich begrenzte Mitarbeit ermöglicht und damit gerade für junge Menschen attraktiv ist.

Direkte Demokratie stärken

Wählen allein reicht nicht. Die Demokratie muss mit ihren Verfahren den differenzierten politischen Einstellungen der Wählerinnen und Wähler gerecht werden. Wichtige Entscheidungen bedürfen einer breiten gesellschaftlichen Diskussion und Legitimation.

Wir wollen, dass die BürgerInnen auch zwischen den Wahlen per Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid - bei Gewährleistung der Grundrechte und des Minderheitenschutzes - über wichtige bundespolitische Fragen entscheiden können, auch wenn deren Umsetzung Geld kostet. Wir befürworten obligatorische Referenden über Änderungen des Grundgesetzes und über die Ratifizierung neuer EU-Verträge.

Europäische Demokratie

Gemeinsame europäische Entscheidungen bestimmen immer stärker unser Leben. Deshalb brauchen wir mehr Demokratie in Europa. Daher treten wir für den Vertrag von Lissabon ein, der die Entscheidungsstrukturen der EU transparenter macht und die Rolle sowohl des Europäischen Parlaments als auch der nationalen Parlamente in der Europapolitik stärkt. Das europäische Parlament braucht ein eigenes Gesetzesinitiativrecht und erweiterte Haushaltskompetenzen. Besonders wichtig sind uns dabei die Rechtsverbindlichkeit der Grundrechtecharta und das europäische Bürgerbegehren, mit dem eine Million UnionsbürgerInnen die Eu-Kommission zur Vorlage eines Gesetzgebungsentwurfes verpflichten können. Demokratie in Europa braucht eine starke europäische Öffentlichkeit und einen lebendigen Austausch über die Grenzen hinweg, mit gemeinsamen Medien und grenzübergreifende Debatten. Viele Jugendliche machen es uns heute schon vor. Und Europa braucht starke demokratische Institutionen. Deshalb wollen wir das Europäische Parlament gegenüber der Kommission und dem Ministerrat weiter stärken – gleichberechtigten Gesetzgeber und in der Außen- und Sicherheitspolitik, in der Sozialpolitik, in der Haushalts- und Steuerpolitik. Der Bundestag muss seine zentrale Rolle bei der Kontrolle und Mitgestaltung der Gesetzgebung des Rates endlich vollständig wahrnehmen können. Die schwarz-rote Koalition hat sich bislang geweigert, alle Karten wie vereinbart auf den Tisch zu legen. Wie auf Bundesebene müssen auch in Europa entsprechende Transparenzregeln und Schranken für Lobbyismus geschaffen werden. Expertengruppen, die die EU-Kommission beraten, müssen transparent und ausgewogen besetzt werden. Wir brauchen auch intensive Bemühungen beim Aufbau gemeinsamer europäischer Parteien, Verbände und sozialen Bewegungen. Um die Unionsbürgerschaft mit Leben zu füllen kämpfen wir dafür, dass EU-Bürgerinnen und –Bürger, wenn sie in einem anderen EU-Staat länger als fünf Jahre leben, das Recht haben, dort an allen Wahlen teilzunehmen. Wir wollen alle Menschen, die in Europa leben, durch europäische Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und EU-weite Referenden an der Europapolitik beteiligen. Sie sollen nicht nur alle fünf Jahre über die Zusammensetzung des Parlaments entscheiden, sondern tatsächlich politisch mitentscheiden können. Und wir wollen, dass die Grundrechtecharta endlich rechtsverbindlich wird.

Der Jugend eine Stimme

Wir wollen Jugendlichen Lust auf die Demokratie machen, und sie nicht mit Scheinpartizipation abschrecken. Wir wollen den Jugendlichen durch starke Jugendvertretungen auf allen politischen Ebenen und durch das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren eine Stimme geben. Alle relevanten Untersuchungen der letzten Jahre kommen zu dem Schluss, dass Jugendliche mitnichten politikverdrossen und passiv sind, sondern sehr wohl großes Interesse am politischen Geschehen haben. In dieser Situation ist es wichtig, jungen Menschen alternative Formen der politischen Betätigung anzubieten. Deshalb setzen wir uns insbesondere für Räume und Projekte ein, die von Jugendlichen selbstbestimmt organisiert werden. Jugendverbände leisten dazu einen wichti-

gen Beitrag. Dort, wo Jugendlichen gehört und verstanden werden, ist Jugendbeteiligung ein Einstieg für eine weitere politische Betätigung, und das beste Fundament für unsere Demokratie.

Partizipation in Schule und Hochschule

Schulen und Hochschulen sind wichtige Orte, an denen Demokratie erprobt werden kann. Lernen durch Demokratie findet nur statt in einer Schule, die anregungsreich, experimentell und fehlerfreundlich ist. Es ist ein Widerspruch, wenn der Lehrende die Lernenden für unmündig hält und zugleich Selbständigkeit und eigenes Urteil verlangt. Erreicht wird damit das Gegenteil: Unselbständigkeit, ungenügendes Selbstvertrauen und die Orientierung an vorgegebenen Lösungen. Lernende brauchen "Zeit für sich" in Foren wie Klassenräten oder Schulkonferenzen und partizipative, projektorientierte Lernformen. Die demokratische Schule zeichnet sich durch Offenheit und Pluralität aus. Sie fördert eine forschende Einstellung zum Lernen und das forschende Entdecken und Erfinden. Wir wollen eine kritische Debatte über die Rolle von Kirchen und Religionsgemeinschaften im Bildungssystem anstoßen. Was in der Schule begonnen wird, muss in der Hochschule fortgesetzt und forciert werden. Wir setzen uns ein für die demokratisch verfasste Hochschule und die Mitbestimmung durch Studierende, MitarbeiterInnen und ProfessorInnen.

Mitbestimmung in Arbeit und Wirtschaft

Auch in Wirtschaft und Arbeit brauchen wir mehr Mitsprache und Mitbestimmung. Wir wollen die Mitbestimmung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Unternehmen stärken. Die Bildung von Betriebsräten und gewerkschaftliche Organisation sind dafür wichtige Voraussetzungen. Die Arbeitnehmerseite sollte in Zukunft bei Entscheidungen über große Unternehmensumstrukturierungen – wie Verkäufen relevanter Unternehmensanteile oder Auslagerungen rechtlich gestärkt werden. Betriebsräte müssen ein zwingendes Mitbestimmungsrecht beim Interessenausgleich erhalten und über den Einsatz von LeiharbeiterInnen mitbestimmen können. Für alle Unternehmen ab 1.000 Beschäftigte soll künftig die paritätische Mitbestimmung gelten. Bei 200 bis 1000 MitarbeiterInnen soll die drittelparitätische Mitbestimmung eingeführt werden. Wir wollen das "Unternehmensinteresse" im Aktienrecht konkretisieren. Vorstände und Aufsichtsrat sollen so verpflichtet werden, ihr Handeln nicht nur am "Shareholder Value", sondern auch an den Arbeitnehmer- und Gemeinwohlinteressen auszurichten. Die Mitbestimmung muss zudem auch in Unternehmen mit europäischer Rechtsform gewährleistet sein. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass die nationalen Mitbestimmungsregelungen und ihre Weiterentwicklung nicht durch die Umwandlung von Unternehmen mit ehemals nationaler Rechtsform in Unternehmen mit europäischer Rechtsform gefährdet werden.

Mehr Wirtschaftsdemokratie wollen wir auch dadurch erreichen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärker am Produktivkapital der Unternehmen beteiligt werden. Gleichzeitig wollen wir die Mitsprache – und Beteiligungsrechte von Aktionären – insbesondere Kleinaktionären – in den Unternehmen stärken, die an der Börse sind.

Wer Grün wählt, ...

- ... stimmt für starke Kommunen.
- ... stärkt Parlamente und schafft mehr Transparenz in der Politik.
- ... stimmt öfter ab: Mit Volksbegehren und Volksentscheiden.

- ... senkt das Wahlalter auf 16 und führt das kommunale Wahlrecht für MigrantInnen ein.
- ...stärkt Betriebsräte – auch bei Unternehmenserschlagungen und –Verlagerungen.